

AKTUELL

PARLAMENT

Mehr Demokratie wagen

Richard Graf

Die Rolle der Chamber als Bürger*innenvertretung aufwerten, das fordert der Mouvement écologique.

Als Willy Brandt im Oktober 1969 anlässlich seiner Antrittsrede als erster sozialdemokratischer Kanzler der Bundesrepublik Deutschland seinen berühmten Aufruf „Mehr Demokratie wagen“ formulierte, war die Vorgängerorganisation des Mouvement écologique knapp ein Jahr alt. Die Aufbruchstimmung der „neuen sozialen Bewegungen“ sollte ihren Niederschlag auch in der täglichen Politik finden.

50 Jahre später ist es die nicht mehr ganz so junge Umweltgewerkschaft, die per Communiqué mehr Demokratie anmahnt. Sie nimmt dabei die Abgeordnetenversammlung ins Visier, deren Rolle als Bürger*innenvertretung aufgewertet werden soll. Zwar habe es einige markante Verbesserungen gegeben – wie etwa die Ausweitung des Petitionsrechts oder die Organisation von Hearings unter Beteiligung der Zivilgesellschaft –, doch reiche das nicht aus, so der Méco. Auch die Aufstockung des Parlamentspersonals gehe noch nicht weit genug: Um sich aus der Abhängigkeit der Ministerialbürokratie zu befreien, müsste die Chamber auch über Fachkräfte verfügen, die bei der kritischen Auswertung der durch die Regierung eingebrachten Gesetzesvorschläge zuarbeiten könnten. Eine stärkere fachliche Kompetenz würde dem Parlament aber auch zu mehr gesetzgeberischer Eigeninitiative verhelfen.

Ein Dorn im Auge des Méco sind auch die Sitzungsberichte der Fachkommissionen des Parlamentes. Die werden oft mit einer wochenlangen Verzögerung publiziert. Weil sie nicht mehr einzelne Aussagen bestimmten Mitgliedern zuordnen, haben sie zudem an Bedeutung verloren. Dies auch zum Schaden der einzelnen Abgeordneten, da so nicht mehr sichtbar wird, wer sich in besonderer Weise in das eine oder andere Thema eingearbeitet hat.

Die Stellungnahme des Méco liest sich allerdings stellenweise auch als direkte Kritik an Blau-Rot-Grün: „In der vergangenen Legislaturperiode fand (im Gegensatz zu vorherigen) kein wirklicher Austausch von Kommissionen (zumindest bei Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen) mit Akteuren der Zivilgesellschaft statt. Sogar dann nicht, wenn

diese fundierte Stellungnahmen zu Gesetzesprojekten erstellt hatten und entsprechend um einen Austausch baten.“

Diese Kritik dürften auch andere Organisationen teilen, die außerhalb des reinen Umwelt- oder Nachhaltigkeitsthemas operieren. So wurden etwa die Bedenken der Zivilgesellschaft bei der Ausformulierung des Referendums 2015 zum Ausländer*innenwahlrecht überhört. Auch so manche Maßnahme des im stillen Kämmerlein zusammengeschusterten „Zukunftspaks“ hatte für viele im sozialen und kulturellen Bereich tätigen Organisationen negative Auswirkungen, denen sie sich kaum entziehen konnten.

Zivilgesellschaft außen vor

Statt mehr auf die Zivilgesellschaft zu hören und sich mit deren Stellungnahmen zu befassen, sei die Chamber-Mehrheit zu sehr auf den Staatsrat und dessen Gutachten fixiert. Das lese sich, so der Méco, aus den Berichten zu den einzelnen Gesetzesvorschlägen heraus, in denen von den Berichterstatter*innen kaum noch auf Fachgutachten verwiesen wird.

Die Ausweitung des Petitionsrechts wird ausdrücklich begrüßt, doch sei es kein Ersatz für die „initiative populaire“, also die Möglichkeit eines Gesetzgebungsverfahrens direkt aus der Bevölkerung heraus. Die Chamber listet zwar fleißig die Ergebnisse der Petitionen auf, reicht diese aber einfach an die Regierung durch ohne sie selber zu bewerten. Es gebe auch kein Verfahren, um auszuwerten, was denn nun mit den einzelnen Vorschlägen passiere. Auch die öffentlichen Hearings seien verbesserungsfähig: Es sollte zu einem „Instrument zum realen Austausch an Argumenten“ werden, statt zur Aneinanderreihung einzelner Statements.

Schließlich knüpft der Méco sich auch die Rolle der einzelnen Abgeordneten vor und mahnt die oft versprochene Trennung von Schöffensrats- und Abgeordnetenmandat an. Abgeordnete*r sein sei schließlich ein Fulltimejob. Nur so könne eine wirkliche Emanzipation des Parlamentes von der Regierung erreicht und dem Eindruck „die Mehrheitsvertreter würden – im Sinne einer Koalitionsraison – Gesetzesprojekte der Regierung a priori gutheißen und nur noch eher marginale Abänderungen durchführen“ entgegengewirkt werden.

SHORT NEWS

Armutsrisiko: Kritik an Eurostat-Zahlen

(tj) - Im Vergleich mit anderen EU-Ländern ist die Lebenssituation luxemburgischer Rentner*innen beneidenswert – diese Auffassung drücken Familien- und Integrationsministerin Corinne Cahen und Sozialminister Romain Schneider in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage aus. Der CSV-Abgeordnete Paul Galles hatte auf eine Eurostat-Statistik verwiesen, der zufolge 9,3 Prozent der hiesigen Rentner*innen im Jahr 2017 einem Armutsrisiko ausgesetzt waren. Dies entspricht einer Steigerung von 3,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2015. In ihrer Antwort stellen Cahen und Schneider die Aussagekraft der festgestellten Differenz in Frage. Die Eurostat-Studie beachte bei ihren Berechnungen einzig die finanzielle Situation, nicht aber Indikatoren für materielle Not insgesamt. Diesbezüglich sei der Wert zwischen 2015 und 2017 nämlich von 3,4 auf 1,7 Prozent gesunken. Darüber hinaus stellen die Minister*innen die Vergleichbarkeit der Resultate in Frage. Zum einen sei bei der publizierten Statistik nicht auf die potenzielle Fehlerquote hingewiesen worden, die sich daraus ergibt, dass es sich bei der gewählten Stichprobe nur um einen kleinen Teil der Bevölkerung handle. Würde man das sogenannte Vertrauensintervall einbeziehen, sei der Unterschied zwischen den jeweiligen Resultaten „statistisch unerheblich“. Zum anderen sei die Stichprobe 2015 noch nach anderen Kriterien ausgewählt worden als 2017. Insgesamt sei das Armutsrisiko bei Rentner*innen nicht höher als beim Rest der Bevölkerung.

Antiterrorisme : Bruxelles prépare la censure

(lc) - Comme l'a constaté le site français d'observation des libertés numériques laquadrature.net, la France, l'Allemagne et la Commission européenne sont en train de préparer un règlement européen qui – sous couvert d'antiterrorisme – fera ressembler les filtres à téléchargement discutés actuellement dans le cadre de la directive sur les droits d'auteur à des outils de bisounours. Ou plus exactement, les détournera et fera justement d'eux ce que les opposant-e-s craignaient : des instruments de censure. Ainsi, comme le relève laquadrature.net, en vertu du règlement prévu, tout acteur du web devra bloquer en une heure n'importe quel contenu signalé comme « terroriste » par la police (sans autorisation d'un-e juge) et devancer même les autorités en bloquant lui-même du contenu jugé illicite – sous peine de lourdes amendes. Ce seront donc les géants du net qui développeront les filtres nécessaires pour contraindre les acteurs plus petits à rester conformes. Outre le fait que la loi de l'internet veut que chaque blocage puisse être contourné, ce règlement est d'une naïveté sidérante. Ainsi, un Viktor Orban ou un Matteo Salvini pourront faire bloquer toutes les critiques de leurs régimes dès qu'ils les considéreront comme terroristes. Et Dieu sait qu'ils oseront le faire.

online

Monarchie, Batterien und Hollywood

En plus de notre édition hebdomadaire sur papier, nous publions chaque jour des articles sur woxx.lu. Par exemple :

Neben der Printausgabe publizieren wir regelmäßig neue Artikel auf woxx.lu, hier einige Highlights dieser Woche:

Histoire : Charlotte oui, la république non Dans une question parlementaire, la députée CSV Octavie Modert s'est offusquée du fait que le gouvernement ne fasse pas grand-chose pour commémorer le centenaire de l'accession au trône de la grande-duchesse Charlotte – oblitérant en même temps un pan entier de l'histoire. woxx.eu/charlotte

Wie sauber ist die Produktion von Batterien für Elektroautos? Die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Piraten unterstreicht, dass Elektroautos trotz Problemen die „grünste“ Alternative sind. woxx.eu/batterie

In der Cinémathèque: New-Hollywood-Retrospektive Bis zum 28. März kann man in der hauptstädtischen Cinémathèque einen Einblick in die New-Hollywood-Bewegung gewinnen, die von 1967 bis 1978 das Hollywoodkino auf den Kopf stellte. woxx.eu/newhollywood